

**CDU** Fraktion Wittener Str. 41 44575 Castrop-Rauxel

**An den Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel**  
**Herrn Rajko Kravanja**  
**An die Vorsitzende des Integrationsrates**  
**Frau Aysel Cetin**  
**An die Vorsitzende des Betriebsausschusses 2**  
**Frau Katrin Lasser-Moryson**  
**An den Vorsitzenden des JHA**  
**Herr Sebastian John**  
**Europaplatz 1**  
**44575 Castrop-Rauxel**

**CDU-Ratsfraktion**  
**Vorsitzender: Michael Breilmann**

**Telefon: (02305) 44 04 80**  
**Mobil: (0174) 74 72 9 72**  
**E-Mail: [fraktion@cdu-castrop-rauxel.de](mailto:fraktion@cdu-castrop-rauxel.de)**

**28.05.2024**

## **Zusammenarbeit mit Institutionen und Trägern**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kravanja,  
sehr geehrte Frau Lasser-Moryson,  
sehr geehrte Frau Cetin,  
sehr geehrter Herr John,

wir bitten Sie, den nachstehenden Antrag in der nächsten Sitzung des Integrationsrates, des Betriebsausschusses 2, des Jugendhilfeausschusses sowie des Rates der Stadt Castrop-Rauxel beraten und beschließen zu lassen.

### **Antrag:**

Die Stadtverwaltung soll sich sowohl bei der Integrationsarbeit als auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe weiterhin um Zusammenarbeit mit möglichst vielen und unterschiedlichen Institutionen und Trägern bemühen. Dabei wird von der Stadtverwaltung folgendes erwartet:

1. Alle Institutionen und Träger, mit denen sie derzeit oder künftig zusammenarbeitet oder deren Projekte sie finanziert, müssen sich nachweislich und zweifelsfrei zu unserer, durch das Grundgesetz geschützten, freiheitlich demokratischen Rechts- und Werteordnung bekennen und diese in ihrer Arbeit leben. Dies beinhaltet ausdrücklich die Ablehnung jeglicher Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere Rassismus und Antisemitismus, wie er von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) definiert wird.

Dies schließt zudem ein unmissverständliches Bekenntnis zum Existenzrecht Israels ein. Bei geringsten Zweifeln sind diese von Amts wegen zu überprüfen und hier über zeitgleich die Ratsgremien zu informieren. Die jeweiligen Träger und Institutionen müssen hierbei ihrer Mitwirkungspflicht nachkommen und bestehende Zweifel nachweislich ausräumen.

2. Träger und Institutionen, welche Unterstützung durch Sach-, Personal-, Dienstleistungen und / oder finanzielle Mittel von außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erhalten ("Finanzierung aus dem Ausland"), sind bei Zweifeln an den unter 1. genannten Punkten zu überprüfen. Dem gleichgestellt sind auch inländische Unterstützungsleistungen.

**Wittener Straße 41**  
**44575 Castrop-Rauxel**  
**Telefon: (02305) 44 04 80**  
**Mobil: (0174) 74 72 9 72**

**Sparkasse Vest Recklinghausen**  
**IBAN: 36 4265 0150 0000 0500 39**  
**Volksbank Castrop-Rauxel**  
**IBAN: 37 4416 0014 1111 4062 00**

**E-Mail: [fraktion@cdu-castrop-rauxel.de](mailto:fraktion@cdu-castrop-rauxel.de)**  
**Homepage: [www.cdu-castrop-rauxel.de](http://www.cdu-castrop-rauxel.de)**

3. Zeitnah einen Vorschlag für neue Leit- und Förderrichtlinien im Sinne der Ziffern 1. und 2. zu erarbeiten und den Ratsgremien zur Beschlussfassung vorzulegen. Diese sollen die möglichst rechtssichere Überprüfung der Anforderungskriterien für eine Zusammenarbeit und / oder Finanzierung von Institutionen und Trägern ermöglichen.

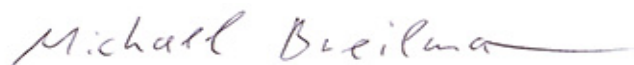
4. Hinsichtlich der Anerkennungsverfahren zum Träger der freien Jugendhilfe sind dem Jugendhilfeausschuss bestehende Zweifel der Stadtverwaltung bzgl. der unter 1. und 2. genannten Punkte mitzuteilen. Nach erfolgter Prüfung von Amts wegen und vor einer Beschlussfassung zur (vorläufigen) Anerkennung dieser Träger, müssen die betreffenden Träger zukünftig im Jugendhilfeausschuss für eine Befragung vorstellig werden (Vorstellungspflicht).

Außerdem wird die Stadtverwaltung gebeten, künftig die Zusammenarbeit und / oder finanzielle Unterstützung mit oder von islamischen Gemeinden und / oder Verbänden schwerpunktmäßig auf solche zu stützen, deren Imame an Fakultäten für Islamische Theologie an deutschen Universitäten aus- bzw. weitergebildet wurden.

#### **Begründung:**

Wir müssen als Stadtgesellschaft ein Zeichen dafür setzen, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen. Demokratie muss sich gegen Rassismus, Extremismus von rechts wie von links, Antisemitismus und Islamismus wehren. Die bisher gute Zusammenarbeit der Stadt Castrop-Rauxel mit Trägern und Institutionen soll auch dies zukünftig gewährleisten.

Mit dem vorliegenden Antrag stellen wir dies auch zukünftig sicher, da damit gewährleistet wird, dass alle Institutionen und Träger, mit denen die Stadt Castrop-Rauxel derzeit oder künftig zusammenarbeitet, sich nachweislich zu unserer durch das Grundgesetz geschützten Rechts- und Werteordnung bekennen. Für uns schließt das auch ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, als Teil unserer Staatsräson, ein.



**Michael Breilmann**  
**Fraktionsvorsitzender CDU**



**Nils Bettinger**  
**Fraktionsvorsitzender FDP**